

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland - Union - Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 399 67
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739 Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 13 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 18. Februar 1950

Seite 1

A II e 4 Bundestag

Stärkt die Front der Gutwilligen!

Daß sich die Radikalisten von rechts und von links jedes Mittels bedienen, um die Demokratie, ihre verantwortlichen Träger und ihre Einrichtungen zu diffamieren und zu unterwühlen, ist eine bekannte, wenn auch bedauernde Tatsache. Was soll man aber dazu sagen, wenn selbst hochgestellte Personen im Dienste dieser Demokratie sich dazu hergeben, das eigene Nest zu beschmutzen? Was wir in den letzten Wochen an Beispielen dieser Art erlebt haben, ist wahrhaft erschütternd. Wir denken dabei nicht nur an die Entgleisungen des Bundesjustizministers Dr. Dehler, sondern mehr noch an den württembergisch-badischen Ministerpräsidenten Maier, der das Wort vom „Bonner Bundeszentraltheater“ sprach, und wir denken an die Äußerungen seines Kabinettskollegen, des Stuttgarter SPD-Wirtschaftsministers Dr. Veit, der unlängst das Podium der „Württembergischen Abendzeitung“ dazu benutzte, gegen die Bundesregierung die Schleuder zu erheben. Zur Verdeutlichung müssen wir einige Sätze zitieren: „Hinter der einladenden Fassade der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ verbirgt sich nichts anderes als eine zügellose, ausschließlich durch den Motor des Profitstrebens angetriebene Wirtschaft . . .“ Weiter: „Die Bundesregierung ist untätig geblieben, getreu dem sturen Dogma des Bundeswirtschaftsministers“. Dann: „Die Arbeitslosenzahlen steigen . . . Soll auch hier gewartet werden, bis sich alles von selbst einspielt? Oder sieht man die ‚industrielle Reservearmee‘ etwa gar nicht so ungern?“ Und schließlich: „. . . während die Milliarden, die aus den Hortungsgewinnen und überhöhten Preisen stammen, einer ungezügelter und volkswirtschaftlich unverantwortlichen Verschwendung in zur Zeit unnötigen Anlagen überlassen bleiben.“

Wer solche Vorwürfe aus dem Munde eines amtierenden Ministers hört, der fragt sich, ob Blindheit oder Bosheit seine Feder diktiert. Daß mit einer solchen Kritik nichts, aber auch gar nichts besser gemacht wird, wohl aber das Vertrauen des Volkes in die Rechtschaffenheit der Bundesregierung in Grund und Boden gestampft wird, das sollte selbst einem württembergisch-badischen Wirtschaftsminister der SPD nicht unbekannt bleiben. Aber es liegt Methode in dieser absolut negativen Kritik, das hat die Behauptung des niedersächsischen SPD-Ministers Kubel in der Bundestagssitzung vom 10. Februar bewiesen, als er erklärte, die Bundesregierung sei gar nicht gewillt, die Arbeitslosigkeit energisch zu bekämpfen, weil der jetzige Zustand besser in ihr politisches Konzept passe. Man mag der Opposition manches zugute halten, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß solche böswilligen

Behauptungen bewußt darauf ausgehen, das Volk gegen die Regierung aufzuputschen, das Vertrauen zu untergraben und das Verlangen nach dem alleinseligmachenden „Führer“ heranzuzüchten. Dr. Adenauer hat diesen Kritikern die einzig mögliche Antwort gegeben: „Wer derart die Autorität der Bundesregierung angreift, ist der wahre Feind der Demokratie“.

Wenn Politiker im Range eines Ministers auf solche Art die politische Atmosphäre vergiften, wer will sich dann noch wundern, wenn das Volk gegen die Regierung aufbegehrt, wenn die Straße mobilisiert und das Bundestagsgebäude zur Volkstribüne degradiert wird? Was in Wiesbaden die VVN auf Betreiben kommunistischer Elemente fertigbrachte, was das Verkehrsgewerbe mit seinen Demonstrationen in Bonn inszenierte, das ist nichts anderes als die Aufforderung an die Arbeitslosen, an die Flüchtlinge, die Kriegsgeschädigten und an alle sozial Bedrängten, diesem Beispiel zu folgen. Das ist der Anfang jener grauenvollen politischen Verwilderung, die in Saalschlachten und Aufmärschen gegen Behördenstellen ihre Fortsetzung findet, und die schließlich das Volk dem Radikalismus oder der absoluten Apathie in die Arme treibt. Der Nutznießer ist ganz sicher nicht die Demokratie.

Die parlamentarischen Auseinandersetzungen über die Arbeitslosigkeit und die Abstimmung in der Nachtsitzung haben bewiesen, daß auch im Bundestag manches geändert werden muß, wenn das parlamentarische System nicht in Mißkredit kommen soll. Das gilt für die Begrenzung der Redezeit wie für die Abschaffung der Nachtsitzungen, die Beschränkung der Ausschüsse (39 im Bundestag, 8 im Bundesrat!), für die Eindämmung der Anträge, für die Vereinfachung des Abstimmungsverfahrens und für die Zusammenarbeit der Regierungsparteien. Das Wort des Kanzlers vom „Sieg der Faulheit“ klingt schrill in unseren Ohren, aber es liegt Wahrheit darin. Es wird Sache des Bundestages sein, nach der technischen Seite hin die Voraussetzungen für einen disziplinierten Sitzungsablauf zu schaffen. Den Abgeordneten ist es aufgegeben, das nötige Maß an Selbstzucht zu beweisen.

Es kommt entscheidend darauf an, die Kräfte des demokratischen Aufbaues zu stärken, das Vertrauen der Gutwilligen zu fördern und das Bewußtsein lebendig zu halten, daß die Bundesregierung in klarer Erkenntnis dessen, was notwendig und möglich ist, alle Kräfte einsetzt, um die ungeheuren Schwierigkeiten zu beseitigen. Es wäre ein sehr bedenkliches Zeichen, wenn es dem Gegner gelänge, das deutsche Volk in eine Vertrauenskrise hineinzumanövrieren!

C c Ausschüsse

Weitere Entschließungen der Sozialausschüsse

Die in Oberhausen versammelten Vertreter der Sozialausschüsse der CDU/CSU aus dem Bundesgebiet forderten:

1. Zur Arbeitslosigkeit:

Im Zusammenwirken der Bundesinstanzen mit den Ländern, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern ist mit allen Mitteln die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Sie finden sich nicht ab mit dem allzu liberalen Gedanken, daß Deutschland mit einem ständigen Arbeitslosenheer rechnen müsse.

2. Zur Kriegsopferversorgung:

Sie fordern die Beseitigung der unterschiedlichen Grundsätze in der Kriegsopferversorgung und baldige Neuordnung nach dem Muster des früheren Reichsversorgungsgesetzes.

3. Zum Betriebsrätegesetz:

Baldigen Erlaß eines einheitlichen Betriebsrätegesetzes. Vordringlich ist der Erlaß einer einheitlichen Wahlordnung,

die auch vorsieht, daß die Wahlen in Kürze durchgeführt werden.

4. Zur Wiederherstellung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung:

Die paritätische Zusammensetzung der Organe mit Ausnahme der Knappschaftsversicherung, in der nach dem alten Recht die Versicherten zwei Drittel der Vertreter stellen sollen, und der Ersatzkassen, in denen die Organe nur von den Versicherten gebildet werden. Die Versammelten stimmen insofern dem Regierungsentwurf zu. Die Wiedereinführung der bewährten Institution der Versicherten-Ältesten in der Knappschafts- und der Angestelltenversicherung wird begrüßt. Es ergeben sich jedoch Bedenken gegen die Ausdehnung dieser Einrichtung auf die Invalidenversicherung, weil es praktisch nicht durchführbar wäre, in ausreichender Zahl wirklich geeignete und fachkundige Versichertenvertreter aufzustellen. Die Gefahr unzureichender und falscher Auskunftserteilung ist größer, als der erhoffte Erfolg sein kann.

Der Geschäftsführung ist im Vorstand volles Stimmrecht

zu geben, denn sie verbürgt durch ihre Sachkunde und ihre Unabhängigkeit von periodischen Wahlen den geordneten Arbeitsablauf. Ihr ist für die Führung der laufenden Verwaltungsgeschäfte die gerichtliche und außergerichtliche Vertretungsvollmacht zu übertragen. Es ist nicht zweckmäßig, für alle Versicherungsträger Urwahlen gesetzlich vorzuschreiben. Es muß der Selbstverwaltung überlassen bleiben, entsprechend der Besonderheit des einzelnen Versicherungsträgers den Wahlmodus festzulegen.

5. Zur Reform der Sozialversicherung:

Die Versammelten bekennen sich zu dem Grundsatz, daß derjenige, der durch seine Beiträge Ansprüche auf Leistungen erworben hat, in jedem Falle besser gestellt sein soll als der Fürsorgeempfänger. Die Sozialausschüsse fordern erneut die Erhaltung der gegliederten Sozialversicherung, insbesondere der selbständigen Angestelltenversicherung und der verschiedenen Krankenkassenarten.

6. Zur Arbeitslosenversicherung:

Sie halten es aus sachlichen Gründen für notwendig, daß eine Bundesanstalt für die Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung geschaffen wird, die, wie alle Träger der Sozialversicherung, nach dem Grundsatz der Selbstverwaltung geführt wird.

7. Zum Soziallohn:

Die Vertreter der Sozialausschüsse halten es für dringend erforderlich, im Rahmen der verschiedenen Wirtschaftsgruppen und -zweige Familienausgleichskassen zu schaffen, die ebenfalls von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Selbstverwaltung zu führen sind.

A IV d a Allgem.

Bremse für Agitationsanträge

Der Bundestag hat am 8. Februar mit 176 gegen 159 Stimmen einem Antrag zugestimmt, daß Anträge, deren Durchführung den Bund zu Ausgaben verpflichtet, nur beraten werden, wenn sie mit einem Deckungsvorschlag verbunden sind. Der Zweck dieses Beschlusses ist, dem hemmungslosen Trieb gewisser Parteien, aus einem rein agitatorischen Bedürfnis heraus Parlament und Regierung mit Finanzanträgen zu überschütten, einen Riegel vorzuschieben. Die Parteien verfügen somit selber über die Mittel, die sie in den künftigen Bundesrat einsetzen. Die verantwortlichen Minister und die sie tragenden Parteien wird man dann nicht mehr dafür verantwortlich machen können, wenn sie einem Antrag nicht oder nicht im gewünschten Umfang zustimmen. Der Bundestagsbeschuß ist also aus sachlichen wie aus politischen Gründen zu begrüßen. MdB. Kiesinger hat namens der CDU/CSU dem Antrage zugestimmt. Zu wünschen wäre, daß die CDU-Frakturen in den Ländern sich zu einem gleichartigen Vorgehen entschlossen, namentlich dort, wo, wie in Hessen, die CDU den am meisten angefeindeten Finanzminister stellt.

C b Landesparteien

Landesvorstandssitzung in Hessen

In einer gemeinsamen Sitzung des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion der CDU Hessen wurden schwebende politische Fragen eingehend erörtert. Insbesondere waren Gegenstand der Beratungen die Verwaltungsreform, die demnächst im hessischen Landtag zur Beratung stehenden Gesetze (Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid, Landtagswahlgesetz, Landesverwaltungsgesetz) und die Haltung der SPD in personalpolitischen Fragen. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt. Die Beratungen werden in Kürze fortgesetzt. Längere Ausführungen des Finanzministers Dr. Hilpert zur politischen Lage gaben Anlaß zu einer mehrstündigen Aussprache, in der über die grundsätzliche Linie zur hessischen CDU-Politik, namentlich im Hinblick auf die Koalitionsfrage, weitgehende Übereinstimmung erzielt wurde.

C c Ausschüsse

Aktive Frauenarbeit der CSU

Die Frauengemeinschaft der CSU hat auf dem CSU-Frauensekretariat München, Paul-Heys-Str. 29, mit einem großangelegten Frauenberatungs- und Sprechstundendienst begonnen. Die Beratung umfaßt alle Gebiete des täglichen Lebens, insbesondere Fragen, die den bayerischen Landtag sowie den Münchener Stadtrat angehen. Für die einzelnen Sachgebiete stehen besondere, fachlich geschulte Kräfte zur Verfügung.

A III 2 d Sonstige Gruppen

Absage an die VVN

Mit der Gründung des „Bundes der Verfolgten des Naziregimes“ ist endlich der Schlußstrich unter eine Entwicklung gezogen, die schon lange zu Besorgnissen Anlaß gab. Mehr und mehr war zu erkennen, daß Kommunisten und der SED hörige Elemente sich in die Führung hineingespielt hatten und die VVN zu einseitigen parteipolitischen Zwecken mißbrauchten. Auf diese Einstellung ist beispielsweise die Demonstration der hessischen VVN vor dem Landtag in Wiesbaden zurückzuführen, an der der KPD-Abgeordnete Carlebach und der der SED nahestehende Vorsitzende der „Aktionsgemeinschaft freier Demokraten“, August Kuper, Frankfurt, maßgeblich beteiligt waren. Auf das Betreiben dieser beiden geht auch der Antrag auf Ausschluß des hessischen Finanzministers Dr. Hilpert zurück, den die Kreisvereinigung Frankfurt der VVN am 9. Februar einstimmig annahm. Die auch anderwärts immer deutlicher hervortretende kommunistische Tendenz hat nunmehr unter Mitwirkung des christlichen Politikers Lütches zur Gründung einer neuen Organisation geführt, der u. a. auch Minister a. D. Dr. Spieker angehört und die sehr bald zum Sammelbecken aller nichtkommunistischen Verfolgten des Naziregimes werden dürfte.

C b Landesparteien

Bezirk Mittelfranken der CSU

Der Kreisverband Ansbach der CSU leitete seine diesjährige parteipolitische Arbeit mit einer stark besuchten Mitgliederversammlung ein, in der der stellvertr. Landesvorsitzende Karl S. Mayr, Fürth, zu den politischen Problemen der Gegenwart Stellung nahm. Ausgehend von der inneren Geschlossenheit der Partei, die, in der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten Ehard wurzelnd, anläßlich der Landesauschustagung in Fürth so sichtbar wurde, beleuchtete er den starken Einfluß und die verantwortungsbewußte Beteiligung der CSU an der Bonner Regierungsarbeit, deren unter schwersten Bedingungen errungenen Erfolge in erster Linie das Verdienst des Bundeskanzlers seien. Das wichtigste Ergebnis dieser Arbeit sei, daß der Kriegszustand wenigstens de facto beendet wurde. Das Flüchtlingsproblem berge immer noch den Zündstoff des Radikalismus in sich. Ein Beispiel dafür sei das Werben Goetzendorffs um die Flüchtlinge. Selbst aus dem Osten kämen heute Aufforderungen an Heimatvertriebene zur Rückkehr, allerdings unter der Voraussetzung des Bekenntnisses zur SED. Bei den Neuwahlen wurde MdL. Mack zum ersten Vorsitzenden des Kreisverbandes gewählt.

C d Junge Union

Deutschland zwischen Ost und West

Der Generalsekretär der CSU, MdB. Franz Strauß, sprach auf einer gutbesuchten Versammlung der JU in Augsburg über das Thema „Deutschland zwischen Ost und West“. Der deutsche Beitrag in dem jetzigen Spannungsverhältnis dürfe nicht im Provokieren bestehen, sondern in dem Versuch, den Frieden zu erhalten. Das Ziel jeder deutschen Politik müsse die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit unseres Vaterlandes sein. Dies könne jedoch niemals um den Preis der Freiheit geschehen. Es sei selbstverständlich, daß in einer Partei wieder CSU Gespräche über eine Lösung des Ost-West-Problems geführt würden, aber im Grundsätzlichen bestehe absolute Einigkeit darüber, daß es keinen Kompromiß mit der kommunistischen Weltanschauung geben kann. Dagegen ist die Wiederanknüpfung der Wirtschaftsbeziehungen mit den ost- und südosteuropäischen Ländern eine deutsche Lebensfrage.

Liebe Freunde und Leser!

Das erste Vierteljahr 1950 neigt sich dem Ende zu, und wir können mit Genugtuung feststellen, daß der überwiegende Teil unserer Leser die Bezugsgebühr bereits entrichtet hat. —

Es sei uns gestattet, an diejenigen Bezieher, welche ihre Bezugsgebühr noch nicht entrichtet haben, die herzliche und dringende Bitte zu richten, dies umgehend nachzuholen und den fälligen Betrag auf unser Postscheckkonto:

**Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands,
Frankfurt a. M. Nr. 39967**

baldigst einzuzahlen. Da wir gezwungen sind, Ende Februar alle, die bis dahin noch keinerlei Zahlung — auch keinen Monatsbeitrag — leisteten, zu mahnen, ersparen Sie sich und uns dadurch unnötige Kosten und Arbeit.